

11. III. 1919

Die Verhandlungen über den staatlichen Kreditbedarf.

Befriedigung durch Schatzwechsel und amortisable Anleihe.

Wien, 10. März.

Bei der Postsparkasse fand heute eine Beratung des Konsortiums für die Deckung des Kreditbedarfs Deutschösterreichs statt. Den Vorß führte Gouverneur Freiherr v. Schuster. An der Verhandlung nahmen die Vertreter aller dem Konsortium angehörigen Banken und Firmen teil. Das Komitee berichtete darüber, daß die deutschösterreichische Finanzverwaltung die Absicht habe, von dem ihr von der Gesetzgebung eingeräumten Kredit von 1430 Millionen Kronen demnächst durch eine Anlehenoperation Gebrauch zu machen und deshalb Vorschläge von Seiten des Konsortiums über die Bedingungen erwarte. Das Komitee brachte heute keinen bindenden Vorschlag vor, sondern stellte die verschiedenen in Betracht kommenden Modalitäten zur Diskussion.

In erster Linie wurde der Plan erörtert, den Kredit durch die Ausgabe einer jähriger Schatzscheine zu decken. Diese Absicht stieß aber im Schoße des Konsortiums auf starken Widerspruch, der mit technischen Erwägungen begründet wurde. Es wurde darauf hingewiesen, daß die zweijährigen fünfeinhalbprozentigen Schatzscheine der Kriegsanleihen mit 95 Prozent notiert werden und nicht verkauft werden können; es wäre ganz unmöglich, für einjährige vierprozentige Schatzscheine bei dem Kurs von 99 Prozent, den die Finanzverwaltung hierfür ins Auge fasse, Käufer zu finden. Auch Schatzscheine mit anderthalb- oder zweijähriger Dauer würden sich aus dem gleichen Grunde nicht empfehlen und müßten als unpraktisch abgelehnt werden.

Sodann wurde der Plan erörtert, den Kreditbedarf durch eine amortisable Anleihe zu decken und zugleich Schatzwechsel mit drei- und sechsmonatiger Laufzeit auszugeben. Die amortisable Anleihe sollte den Anlagebedürfnissen des Publikums, die Schatzwechsel der Placierung kurzfälliger Geldsummen dienen. Die amortisable Anleihe könnte ähnlich, wie dies bei den ungarischen Schatzscheinemissionen der Fall war, halbjährig kündbar gestellt werden, derart, daß nach dem Verlauf einer Sperrfrist von ein, zwei oder drei Jahren seitens der Besitzer jedes halbe Jahr zu den Couponterminen die Kündigung ihres Kapitals erfolgen könnte, worauf die Rückzahlung nach einem halben Jahre vollzogen werden müßte. Auf diese Weise könnten, wie dies auch in Ungarn erzielt wurde, größere Summen, welche eine freie Anlage suchen, für den Staat herangezogen werden.

Von mehreren Mitgliedern des Konsortiums wurde der Plan eindringlich empfohlen, drei- und sechsmonatige Schatzwechsel auszugeben. Man wies darauf hin, daß die flüssigen Gelder des Marktes, der Industrie und der Banken sehr groß seien, daß aber in vielen Fällen die Besitzer eine definitive Veranlaßung ablehnen, weil sie gewörtig seien, mit dem Wiedereintritte der Friedenswirtschaft und der Rückkehr normaler Verhältnisse einem stärkeren Geldbedarfe gegenüber zu stehen, für welchen sie dann ihre vorhandenen Mittel heranziehen müßten. Dagegen seien ihre Kapitalien während des nächsten Halbjahres vorläufig noch beschäftigungslos und könnten in den Schatzwechseln des Staates fruchtbringend angelegt werden. Diese drei- und sechsmonatigen Schatzwechsel sollten nicht auf die einmalige Operation, die jetzt eingeleitet wird, beschränkt bleiben, sondern zu

einer dauernden Einrichtung werden, wodurch der Staat jederzeit in die Lage versetzt würde, die freien Mittel in seine Kassen zu ziehen. Zugleich wurde geltend gemacht, daß bei der Ausgabe drei- und sechsmonatiger Schatzwechsel der Staat für die Möglichkeit der Belehnung Sorge tragen müßte. Eine Eskomptierung bei der Österreichisch-ungarischen Bank läme deshalb nicht in Frage, weil sie nach dem Statut nicht zulässig sei und auf den Widerstand der Nationalstaaten stoßen dürfte. Eine Lombardierung dieser Schatzwechsel wäre über Beschluß des Generalrates möglich, könnte sich aber doch nur auf kleinere Summen beschränken. Die Belehnung bei der Kriegsdarlehensklasse läme deshalb nicht in Frage, weil dieses Institut den zulässigen Höchstbetrag der auszugebenden Kredite bereits erreicht hat. Eine gründende deutschösterreichische Notenbank könnte die Eskomptierung übernehmen, doch sei der Zeitpunkt für das Intrastitreten dieser Bank noch ungewiß. In jedem Falle müßte es gelingen, ein Auskunftsmitte zu finden, um die Eskomptierung zu ermöglichen. Unter dieser Voraussetzung wurde die Begebung der Schatzwechsel neben der amortisablen Anleihe von den meisten Mitgliedern des Konsortiums, die an der heutigen Sitzung teilnahmen, empfohlen.

Auf Grund der heutigen Debatte wird nun die Postsparkasse der Finanzverwaltung berichten. Die Angelegenheit wird noch weiter in Beratung gezogen und es wird in der nächsten Zeit neuerlich eine Sitzung des Konsortiums zu diesem Zwecke einberufen werden.